



Presseschau vom 14.05.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: MI5-Chef warnt Russland vor Isolation – Bloomberg

Der Chef des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5, Andrew Parker, plant, am Montag bei seiner Rede vor europäischen Kollegen in Berlin mit einer Isolation Russlands zu drohen. Dies berichtet die Agentur Bloomberg unter Berufung auf den Entwurf seiner Rede.

In dieser Rede beabsichtigt Parker laut Bloomberg, die Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal als „bewusste und gezielte Aktivität“ zu bezeichnen. Diese Handlungen würden demnach für Russland bedeuten, dass es ein „isolierterer Außenseiter“ in der internationalen Gemeinschaft sein werde.

Parker wolle die russische Regierung für „eine grobe Verletzung“ des internationalen Rechtes beschuldigen. Darüber hinaus werde er auf das „präzedenzlose Niveau“ von Russlands Desinformation verweisen, die mit dem „Fall Skripal“ verbunden sei.

Am 4. März waren im britischen Salisbury Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, und seine Tochter Julia vergiftet worden, was einen großen internationalen Skandal provoziert hatte. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden, und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft gewesen sein soll. Russland wies die Vorwürfe entschieden zurück. Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilte Sputnik mit, dass der Giftstoff, der im Westen als „Nowitschok“ bezeichnet wird und

der vermutlich in Salisbury eingesetzt worden war, in den USA in der Bewaffnung gewesen oder verwendet worden sei. Diesen Stoff herzustellen, sei sehr einfach.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte zuvor mitgeteilt, dass Schweizer Spezialisten den gegen den Ex-Spion Sergej Skripal und dessen Tochter Julia eingesetzten Giftstoff als BZ identifiziert hätten. Laut Lawrow sei diese Substanz nie in Russland hergestellt worden. Sie stand demnach im Dienst der USA und Großbritanniens.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde die Gebiete von **Kalinowo, Frunse und Shelobok**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Skripal traf sich insgeheim mit estnischen Geheimdiensten – Medien
Der russisch-britische Ex-Doppelagent Sergej Skripal ist 2016 nach Estland gereist, wo er ein geheimes Treffen mit den estnischen Geheimdiensten hatte. Darüber berichtet die Zeitung „New York Times“ unter Berufung auf einen informierten hochrangigen europäischen Beamten.

Wie der Beamte der Zeitung mitteilte, sei unbekannt, was Skripal mit den Geheimdienstlern besprochen habe. Das Treffen sollen britische Geheimdienste gefördert haben. Die Quellen erzählen laut der Zeitung sehr vorsichtig über diese Reise. Das sei eine „äußerst wichtige Information“.

Die Zeitung bestätigte außerdem die Angaben des tschechischen Wochenmagazins „Respekt“ über Skripals Treffen mit den tschechischen Geheimdiensten 2012 in Prag. Mindestens einmal sei er mit ihnen auch in Großbritannien zusammengekommen, hieß es.

Laut „Respekt“ wohnte Skripal nach der Auslieferung aus Russland in Großbritannien. Dort kooperierte er mit MI6 und half dem britischen Geheimdienst bei der Aufdeckung russischer Auslandsagenten. Skripals Verbleiben sei für die britische Seite nützlich gewesen. Dabei verbindet Prag diese Tatsachen nicht mit der Vergiftung Skripals im März dieses Jahres. Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März im britischen Salisbury vergiftet aufgefunden worden. Das verursachte einen internationalen Skandal, in dessen Folge mehr als 20 Staaten etwa 150 russische Diplomaten ausgewiesen haben. London wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der Giftstoff laut Expertenangaben sowjetischer Herkunft gewesen sein soll. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Skripal war 2006 wegen Spionage für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Er kam jedoch im Juni 2010 im Zuge eines Austausch inhaftierter Spione zwischen Russland und den USA auf freien Fuß. Kurz darauf wurde Skripal in Großbritannien Asyl gewährt.

Dnr-news.com: MfS: Mitarbeiter des SBU haben begonnen, an den ukrainischen Kontrollpunkten die Sim-Karten von „Phönix“ zu beschlagnahmen

Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) beschlagnahmen bei Bürgern der DVR die Sim-Karten von „Phönix“ an den ukrainischen Kontroll- und Passierpunkten. Dies berichtet der Pressedienst des MfS.

„Das MfS der DVR hat Informationen im Zusammenhang mit Aktivitäten des SBU erhalten, die während der Filtrationsmaßnahmen gegenüber Einwohnern der DVR durchgeführt werden, die die Staatsgrenze von durch die Ukraine zeitweise kontrolliertem Gebiet aus überqueren.

Den erhaltenen Informationen nach haben die Mitarbeiter des SBU bei den Bürgern eine zielgerichtete Suche nach Sim-Karten des republikanischen Mobilfunkanbieters ‚Phönix‘ zu

suchen, auch im Zuge von Leibesvisitationen.

Nach der Durchsuchung und Konfiszierung der Mobiltelefone mit solchen Sim-Karten und der Feststellung der Identität des Besitzers tätigen die SBU-Mitarbeiter Anrufe, unter anderem bei Rechtsschutzorganen der DVR, um über angeblich geplante Terrorakte auf dem Territorium der Republik zu berichten und damit die Besitzer der Karten zu diskreditieren“, heißt es in der Erklärung.

Es sei angemerkt, dass in einigen Fällen der SBU, insbesondere am Kontrollpunkt „Gorlowka“ am 28.04. und 30.04.2018 von Telefonbesitzern Geld erpresst hatten mit der Drohung, solche o.g. ungesetzlichen Handlungen auszuführen.

(Ergänzung von Dnr-online.ru)Seit Beginn des Jahres 2018 hat das MfS der DVR 10 Falschmitteilungen über angeblich geplante Terrorakte auf dem Territorium der Republik registriert, dabei handelt es sich um ein Vergehen, das unter § 236 des Strafrechtsbuchs der DVR fällt.

Das MfS der DVR warnt: angesichts der ungesetzlichen Formen und Methoden der Arbeit des SBU wird den Bürgern der Republik empfohlen, Sim-Karten des Operators Phönix nicht mit auf das zeitweilige von der Ukraine kontrollierte Territorium zu nehmen.

de.sputniknews.com: Iran-Deal: Legitime Interessen aller Teilnehmer müssen behauptet werden – Lawrow

Russland hat ebenso wie andere Länder legitime Interessen im Atom-Deal mit dem Iran, daher ist laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow deren gemeinsamer Schutz erforderlich.

„Sowohl Russland als auch andere Teilnehmer dieses Deals, auch die Europäer, haben legitime Interessen, die in dieser Vereinbarung verankert und vom UN-Sicherheitsrat gebilligt worden sind. Deswegen müssen wir gemeinsam die legitimen Interessen der jeweiligen Seite schützen“, sagte Lawrow am Montag bei einem Treffen mit seinen iranischen Amtskollegen Mohammed Dschawad Sarif in Moskau.

Am 8. Mai hatte das US-Staatsoberhaupt Donald Trump offiziell mitgeteilt, dass die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aussteigen und alle Sanktionen wieder in Kraft setzen würden, die infolge des Deals eingestellt worden waren.

Die EU hatte diesbezüglich Bedauern geäußert und die Staatschefs von Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten den Iran aufgerufen, „mit Zurückhaltung“ auf die US-Entscheidung zu reagieren.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 13. Mai 3:00 bis 14. Mai 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 22.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Gagarin-Bergwerk, Isotow-Bergwerk, Schirokaja Balka, Oserjanowka, Golomowskij, Dolomitnoje), Sajzewo, Werchnetorezkoje, Wasiljewka, Spartak, Dokutschajewsk, Leninskoje.**

Gestern wurde in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowgorodskoje in Richtung Schirokaja Balka der **Bürger der Republik S.W.**

Korotkij, geb. 1965, wohnhaft Plotinnaja-Straße 142 **verletzt.**

Außerdem wurden drei Häuser in Schirokaja Balka beschädigt:

Plotinnaja-Straße 138a, 140, 144.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 534.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1015.

Nachmittags:

novorosinform.org: Sawtschenko geht das Geld für ihre Anwälte aus

Die in Ungnade gefallene Abgeordnete der Obersten Rada der Ukraine und Kriegsverbrecherin Sawtschenko, die unter dem Verdacht der Planung von Terroranschlägen in Kiew verhaftet worden war, erklärte am Montag auf einer Sitzung des Gerichts, dass sie auf Anwälte verzichtet, weil sie nicht das Geld für ihre Bezahlung habe.

„Ich bin kein Oligarch, und bin es auch im Parlament nicht geworden. Ich möchte meine Familie nicht wegen der Anwaltskosten in die Schulden treiben“, sagte Sawtschenko.

Außerdem merkte sie an, dass sie sich über ihre Verteidiger beim Anwaltsrat beklagen werde, falls ihre Verteidiger sich über eine Einmischung ihrer Schwerster Wera in die Anwaltsarbeit beschweren würden. Der Untersuchungsrichter Pawel Slobodjanjuk sagte, dass Sawtschenko ein kostenloser Pflichtverteidiger zur Verfügung gestellt wird....



<https://novorosinform.org/wp-content/uploads/2018/05/w1056h594fill-3-696x392-1.jpeg>

de.sputniknews.com: Streit um Nord Stream 2: Altmaier vermittelt zwischen Moskau und Kiew

Deutschland nimmt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream 2 eine Vermittlerrolle zwischen der Ukraine und Russland ein. Wirtschaftsminister Peter Altmaier will am heutigen Montag zunächst mit seinen Amtskollegen in Kiew und am Dienstag in Moskau sprechen. Ziel ist, Kompromisse auszuloten, wie deutsche Medien schreiben.

Wie n-tv.de berichtet, hatte Altmaier der Ukraine bereits im Vorfeld der Reise seine Unterstützung in Aussicht gestellt. Es gäbe Einigkeit darüber, dass das ukrainische Transitnetz

weiterhin benötigt werde, denn der Importbedarf in der EU steige und Nord Stream 2 werde noch auf Jahre nicht mit voller Kapazität zur Verfügung stehen. Die Frage sei nur, auf welche Durchleitungsmengen sich beide Seiten einigen können.

Die Ukraine befürchtet, dass sich nach der Fertigstellung der neuen Gasleitung ihre Bedeutung für Europa mindern und die sicherheitspolitische Lage verschlechtern werde. Außerdem sind Transitgebühren für russisches Erdgas eine wichtige Einnahmequelle. Nord Stream 2 ist das Projekt einer Gaspipeline, die aus Russland über den Meeresgrund der Ostsee direkt nach Deutschland führt. Das Projekt wird von der Nord Stream 2 AG umgesetzt. Der russische Gasgigant Gazprom verfügt über 51 Prozent der Aktienanteile dieser AG. Bis Ende 2019 ist die Inbetriebnahme der Pipeline geplant. Ihre Kapazität soll 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr erreichen.

[Ukrinform.ua: Bundesminister zu Besuch in Kiew: Energiepolitik im Mittelpunkt der Gespräche](#)

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist am Sonntagabend zu einem Besuch in die Ukraine eingetroffen. Sofort nach der Ankunft hat er ein Treffen mit Vertretern des deutschen Business in der Ukraine durchgeführt, berichtet DW unter Berufung auf dpa.

Bei der Pressekonferenz in Berlin, die unmittelbar vor dem Abflug des Politikers nach Kiew abgehalten worden war, erklärte Altmaier, dass er beabsichtige, die Regierungen der Ukraine und Russlands für die Bildung "einer allgemeinen energiepolitischen Konzeptionen" zu werben. Nach den Worten des Ministers sei das Ziel seiner Besuche, wirtschaftliche Fragen bezüglich des Energie- und Industriegewesens angesichts der komplizierten internationalen Lage zu regeln.

Am Montag, den 14. Mai, finden Treffen des Bundeswirtschaftsministers, Peter Altmaier, mit dem Ministerpräsidenten der Ukraine Wologymyr Hrojsman und dem Energieminister Ihor Nassalyik statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen soll die Zukunft des Projektes der Gaspipeline Nord Stream 2 und der Ukraine als eines Transitlandes für die Lieferungen des russischen Erdgases nach Europa stehen. Altmaier betonte dabei, dass die Rede von dem Schutz der Interessen der Ukraine sein solle.

Aus Kiew reist der Bundesminister nach Moskau, wo die Verhandlungen abgehalten werden. Auf das bevorstehende Treffen mit dem Bundeswirtschaftsminister eingehend, betonte der ukrainische Energieminister erneut, „Nord Stream 2 sei kein wirtschaftliches Projekt, es sei durchaus ein politisches Projekt, das darauf gerichtet sei, um die Ukraine aus dem Transit des russischen Erdgases zu drängen“.

Die Ukraine, Polen und Baltikum-Länder protestieren entschlossen gegen den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2.

[Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat mit einem Erlass die Auszeichnung eines Helden der Lugansker Volksrepublik eingerichtet und als Ehrenzeichen die Medaille „Goldener Stern“.](#)

[Die Auszeichnung Held der LVR wird „für Verdienste vor der Republik und dem Volk, die eine heldenhafte Tat beinhalten“ vergeben.](#)

[de.sputniknews.com: Naftogaz lobt Pläne der deutschen Naturschützer zum Baustopp für Nord Stream 2](#)

Der ukrainische Gasversorger Naftogaz hat den Naturschutzbund Deutschlands (NABU) unterstützt, der versucht, auf dem Gerichtswege den Baubeginn für die Gaspipeline Nord Stream 2 im Greifswalder Bodden zu verhindern.

„Respekt den Freunden und Umweltschützern aus dem deutschen NABU. Sie fechten nicht nur die von Deutschland erteilte Baugenehmigung für Nord Stream 2 vor Gericht an, sondern

fordern auch, den Russen die Bauarbeiten zu verbieten, bis eine endgültige Entscheidung getroffen sein wird“, heißt es in der vom ukrainischen Unternehmen auf seiner Facebook-Homepage veröffentlichten Mitteilung.

Wie aus dem Pressedienst von Naftogaz verlautete, versuche der russische Gaskonzern Gazprom, der mit dem Bau von Nord Stream 2 noch vor dem Erhalt aller Genehmigungen begonnen hatte, die europäischen Partner auszutricksen.

„Der einzige Sinn eines solchen Verhaltens ist es, quasi einen ‚Elefanten im Zimmer‘ zu schaffen. Nach dem Prinzip, er ist schon da, was soll’s also“, erklärte man bei Naftogaz. Der NABU hatte laut Medienmeldungen zuvor beim Obergericht Greifswald eine gerichtliche Zwischenverfügung im Eilverfahren beantragt, um den für Mitte Mai geplanten Baustart in deutschen Hoheitsgewässern zu verhindern. Im Umweltverband befürchtet man, dass diese Bauarbeiten der Region einen „bedeutenden Umweltschaden“ bringen werden.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen. Die Pipeline soll im Jahr 2019 in Betrieb genommen werden.

Gegen das Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehören die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit von russischem Gas bangt, und die USA, die ambitionierte Pläne zum Export von Flüssiggas nach Europa hegen. Lettland, Litauen und Polen haben gemeinsam ihren Unwillen über den Bau geäußert.

Das Bergamt Stralsund hatte Ende Januar den Bau und Betrieb des Pipelinesystems Nord Stream 2 im deutschen Küstenmeer und im Anlandebereich in Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern genehmigt. Anfang April hatte auch Finnland seine Zustimmung erteilt. Gazprom rechnet im ersten Halbjahr 2018 noch mit den ausstehenden Genehmigungen von Schweden, Russland und Dänemark.

[Ukrinform.ua: „Volksfront“ vermutet, dass Russland die Asow-Häfen blockiert](#)

[Die Parlamentsfraktion der Partei „Volksfront“ erklärt, dass die Inspektion und das Stoppen der Handelsschiffe, die in die Asowschen Häfen fahren, ein wahrscheinlicher Beginn ihrer Blockade ist.](#)

[Das sagte in der Sitzung des Schlichtungsrates der Vorsitzende der Fraktion Maksym Burbak, teilt ein Ukrinform-Korrespondent mit.](#)

[„Die russischen FSB-Grenzer haben begonnen, Handelsschiffe zu stoppen und zu inspizieren, die in die Asowschen Häfen der Ukraine kursieren, und jetzt haben sie die ukrainischen Fischschiffe aus Otschakow und Berdjansk in Besitz genommen. Es ist ein rechtswidriges, aggressives Vorgehen. Die Meereskräfte des Feindes auf der Krim werden forciert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies der Beginn der Blockade unserer Asow-Häfen ist“, sagte er.](#)

[Der Vorsitzende der Fraktion betonte, dass das Parlament „angemessen und konsequent“ handeln, Sanktionen der Ukraine gegen das Aggressor-Land erweitern soll.](#)

[Ihm zufolge wurde im Parlament eine Reihe von Gesetzesvorlagen diesbezüglich registriert, die man vereinen und verabschieden soll.](#)

[Am 3. Mai teilte der Staatsgrenzschutzdienst der Ukraine mit, dass die Russen eine harte Politik des Stoppens und der Überprüfung von Schiffen begonnen haben, die durch die Straße von Kertsch fahren. Nach Angaben der Behörde halten die russischen Sonderdienste seit dem 30. April täglich die Schiffe an, um zu inspizieren und die Besatzung zu identifizieren.](#)

[Rusvesna.su: Morgen wird die Krim-Brücke eröffnet](#)

[Die Krim-Brücke wird am 16. Mai ab 05:30 \(Moskauer Zeit\) für den Autoverkehr geöffnet. Am Tag vorher, am 15. Mai, wird der Straßenteil der Krim-Brücke feierlich von seinen Erbauern eingeweiht: über die Trasse wird eine Kolonne Baumaschinenteknik fahren.](#)

Dies erfuhr rusvesna vom Pressedienst des Konstruktionsbüros, der daran erinnerte, dass der Straßenteil der Brücke ein halbes Jahr vorfristig, als es im Staatsvertrag vorgesehen war, eröffnet wird.

Als erstes werden über die Brücke örtliche Einwohner – Krim- und Kubanbewohner. Die Durchfahrt für PKW und Reisebusse wird gleichzeitig an beiden Ufern der Kertsch-Meerenge geöffnet....

Es ist bereits bekannt, dass der Präsident Russlands Wladimir Putin am 15. Mai an der feierlichen Eröffnung der Brücke über die Kertscher Meerenge teilnimmt.

„Am 15. Mai nimmt der Präsident Russlands Wladimir Putin an der Eröffnung des Straßenteils der Krim-Brücke teil. Das Staatsoberhaupt wird sich mit der Bereitschaft des Geeinten Verwaltungszentrum für Verkehr und alle Einsatzdienste zur Arbeit des Transportübergangs über die Kertsch-Meerenge vertraut machen“, berichtet der Pressedienst des Kreml.

Armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

Der Feind hat die Beschüsse **in Richtung Gorlowka** verstärkt, wo in den letzten 24 Stunden die Gebiete von **acht Ortschaften** unter das Feuer der ukrainischen Terroristen geraten sind. Die ukrainischen Faschisten haben 138 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 114 des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem hat der Gegner Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In der Folge von verbrecherischen Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte wurden drei Wohnhäuser in Schirokaja Balka, einer Vorstadt von Gorlowka, beschädigt (Plotinnaja-Straße 138a, 140, 144). Dort wurde auch in der Folge von zielgerichtetem Feuer der ukrainischen Straftruppen ein friedlicher Einwohner verletzt.

Das Feuer auf **Wohngebiete von Schirokaja Balka** erfolgte durch Einheiten der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers W. Guds. Außerdem geriet der **Nikitinskij-Bezirk von Gorlowka** unter das Feuer der ukrainischen Verbrecher.

Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt. Das Feuer auf dieses Gebiet erfolgte durch Einheiten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers A. Majstrenko. Dabei haben die Brigadekommandeure die Anweisung zur Verschärfung der Lage von Kommandeur der operativ-taktischen Gruppe „Nord“ General Krawtschenko erhalten. Diese Bande von Verbrechern destabilisiert praktisch die Lage im diesem Gebiet und verletzt so grob die Minsker Vereinbarungen. Dabei kann von einer Effektivität ihrer Handlungen vom militärischen Gesichtspunkt aus nicht gesprochen werden, denn außer mit Waggons verbrauchter Munition, verlorenen Positionen und Dutzenden zerstörter Wohnhäuser in der Umgebung von Gorlowka können diese Verbrecher mit nichts angeben.

Es muss die Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, dass das sogenannten Tschigari die Tschigarskaja-Schlucht am südöstlichen Rand von Jushnoje ist. Diese haben die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bisher aufgrund ihrer ungünstigen Lage nicht beachtet. Das heißt, das ist keine einzelne Ortschaft, wie die ukrainische Propaganda versucht zu vermitteln. Dieses Gebiet ist so feucht, dass nicht einmal Schützengräben gegraben werden können. Außerdem ist der Gegner von dieser Örtlichkeit aus nicht in der Lage zu schießen, weil er sich in einer offenen Örtlichkeit in einer Niederung befindet, Feuermittel werden sofort von uns vernichtet werden, damit mit ihnen nicht auf friedliche Einwohner geschossen werden kann. Verbrecherisches Feuer führen die Straftruppen von zuvor eingenommenen Positionen durch und verstärken es als Antwort auf das Scheitern ihrer unbegabten Operation und auf den Tod von Personal, was von der ukrainischen Seite verheimlicht wird.

Nach dem Scheitern der ukrainischen Seite hat in der 54. Brigade die Arbeit einer

Kommission der operativ-taktischen Gruppe „Nord“ begonnen, um die Lage einzuschätzen, den Grad der Schuld des Brigadekommandeurs zu ermitteln und Ordnung zu schaffen. Die Kommission hat bereits entdeckt, dass das Artilleriefeuer auf Ortschaften und friedliche Einwohner auf persönlichen Befehl von Majstrenko eröffnet wurde. Bei der Überprüfung wurde ein großer Verbrauch von Munition festgestellt, was es erforderte, den Munitionsvorrat aus den Lagern der Gruppe „Nord“ in großem Ausmaß aufzufüllen.

In Richtung Donezk haben die ukrainischen Besatzungskräfte das Gebiet von **Spartak und Wasiljewka** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol wurde das Gebiet von **Leninskoje** beschossen.

Im Verlauf der Beschüsse hat der Gegner 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Unsere Aufklärung stellt weitere Anzeichen der **Vorbereitung der ukrainischen Kämpfer auf eine Aktivierung der Kampfhandlungen gegen die Republik** fest. Unter anderem ist eine Zunahme der Übungen der Kämpfer im Gebiet von Bachmut, um die Kampffähigkeit zu erhöhen, und eine Stationierung unter anderem von verbotenen Artilleriegeschützen auf ihren Ausgangspositionen zu bemerken. Aber mit solchen unsinnigen Aktivitäten hat das Kommando seine Kämpfer, die ihre Kommandeure offen hassen, bereits gequält. In diesem Zusammenhang sind Fälle von Desertion in der 54. mechanisierten Brigade festzustellen, unter anderem von Kämpfern, die im Stab der Brigade in Bachmut Dienst tun. Nach unseren Informationen sind aus dem Stab der 54. mechanisierten Brigade zwei Soldaten mit der Waffe desertiert, die eine Gefahr nicht nur für friedliche Einwohnern, sondern auch für die Gäste, die in den nächsten Tagen diese Stadt zu besuchen planen, darstellen können.

Zur Beruhigung der demoralisierten und erschöpften Kämpfer hat das ukrainische Kommando unter den Einheiten die Information verbreitet, dass diese Maßnahmen erfolgen, um die Sicherheit des **Besuchs des Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums für die Ukraine K. Volker** zu gewährleisten.

Außerdem ist es wichtig anzumerken, dass der **Kommandeur der OOS Najew bereits offen in den Massenmedien seine Absichten, die Republiken zu überfallen, erklärt**. Diese Erklärungen werden den Materialien des Militärtribunals gegen die Führung der Ukraine und das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, die einen Krieg im Donbass gegen die eigene Bevölkerung entfacht haben und führen, hinzugefügt und außerdem als Beweismittel der Schuld der Ukraine am Scheitern des Minsker Format verwendet.

Ukrinform.ua: Regierungssprecher Seibert: Es gibt keinen Grund, Sanktionen gegen Russland aufzuheben

Der offizielle Sprecher der deutschen Bundesregierung Steffen Seibert sagte heute auf einem Briefing in der deutschen Hauptstadt, Berlin sehe momentan keinen Grund, die Sanktionspolitik gegenüber Russland zu lockern, berichtet die Korrespondentin von Ukrinform in Deutschland.

„Solange die politischen Gründe, die zur Verhängung dieser Sanktionen geführt haben, nicht verschwunden sind, werden diese restriktiven Maßnahmen in Kraft bleiben“, betonte Seibert. Seibert stellte auch eine unbefriedigende Umsetzung der Abkommen von Minsk durch Russland fest, unter dem Hinweis darauf, dass es nie einen vollständigen Waffenstillstand für eine längere Zeit gegeben hat, und dass zu oft Menschen gestorben waren.

Er räumte ein, dass es eine größere Ausweitung des Konflikts geben könnte, wenn es so eine entschlossene Einmischung der EU und ihrer Partner nicht gegeben hätte.

Des Weiteren merkte Seibert an, dass Deutschland in ständigem Dialog mit Frankreich, der russischen Seite und der OSZE ist. „Wir wollen vorwärts kommen, aber dafür benötigt man guten Willen und den Beistand der russischen Führung, die, wie wir genau wissen, einen großen Einfluss auf die Separatisten im Donbass hat“, sagte Seibert.

de.sputniknews.com: EU erweitert Sanktionen wegen Wahlen auf der Krim

Die EU hat fünf Personen in die Sanktionsliste eingetragen, die die Einschränkungen wegen der „Unterminierung der territorialen Integrität der Ukraine“ betreffen, heißt es auf der offiziellen Webseite des Europäischen Rates.

„Der Rat hat fünf Personen in die Liste von jenen hinzugefügt, die die Einschränkungen in Bezug auf die Aktivitäten, die die territoriale Integrität, die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine unterminieren, betreffen“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

„Sie wurden bezüglich ihrer Teilnahme an der Organisation der Präsidentschaftswahlen in Russland am 18. März 2018 gelistet.“

Die Einschränkungen beinhalten das Einreiseverbot und das Einfrieren von Aktiva. Somit beträgt die aktuelle Zahl der in der Sanktionsliste aufgezählten Personen 155.

Die neuen Einschränkungen betreffen demnach die stellvertretende Leiterin der Wahlkommission der Krim, Inna Guseewa, die Sekretärin der Wahlkommission der Krim, Natalija Besrutschenko, den Vorsitzenden der Wahlkommission von Sewastopol, Alexander Petuchow, dessen Vize Miroslaw Pogorelow sowie die Sekretärin der Wahlkommission Anastassia Kapranowa.

Putin hatte die Präsidentschaftswahl am 18. März mit einem Rekordergebnis von 76,69 Prozent gewonnen und geht nun gestärkt in seine vierte Amtszeit. Auch die Bewohner der Halbinsel Krim haben abgestimmt.

Die Zentrale Wahlkommission Russlands betonte damals, dass alle Handlungen der Krim-Bewohner den Verfassungsnormen sowie internationalen Standards entsprochen hätten. Die Wahlbeteiligung auf der Krim betrug demnach 71,47 Prozent und 71,44 Prozent in Sewastopol.

[Ukrinform.ua: Berlin nennt Themen der Sotschi-Gespräche von Merkel und Putin](#)

Der offizielle Sprecher der deutschen Bundesregierung Steffen Seibert hat erklärt, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Arbeitsbesuch in Sotschi am 18. Mai plane, mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Lage im Osten der Ukraine und in Syrien zu diskutieren, darüber berichtet die Ukrinform-Korrespondentin aus Deutschland.

„Es gibt eine Reihe von Themen, die zwischen der Kanzlerin und dem russischen Präsidenten dringend sind... die wir versuchen müssen, gemeinsam zu fördern, einschließlich des Themas Ukraine, des Konflikts, der Destabilisierung im Osten, wie wir den Minsker Prozess forcieren können, die Situation in Syrien“, sagte Seibert.

Er stellte ferner fest, dass sich Merkel immer darum gekümmert hat, dass die Kontakte mit dem russischen Präsidenten immer regelmäßig gepflegt waren, immer ein Dialog über sehr schwierige Themen war, in denen die Seiten eine unterschiedliche Vorstellung haben. Zu solchen, erinnerte Seibert, zählt auch die Ukraine-Frage. „Das ist äußerst wichtig aus der Sicht der Interessen der Menschen im Donbass“, betonte er.

Rusvesna.su: „Ich bin der Enkel eines Helden des Großen Vaterländischen Krieges“: In Odessa verweigerte ein Richter , an einem Verfahren zur „Propaganda eines totalitären Regimes“ teilzunehmen

Im Malinowskij-Bezirksgericht von Odessa sah der Richter Dmitri Perederko ab von Strafmaßnahmen gegen einen Odessiten, der an seinem Auto am 9. Mai eine Fahne mit dem Orden des Großen Vaterländischen Krieges angebracht hatte.

Das entsprechende Dokument wurde im Register der Gerichtsentscheidungen vom 12. Mai veröffentlicht.

„Ich selbst bin der Enkel eines heldenhaft im Großen Vaterländischen Krieg Gefallenen und der Enkel eines Trägers von zwei Orden ,Vaterländischer Krieg““und Invaliden des Großen

Vaterländischen der Gruppe 1.

Unter diesen Umständen, aber auch in Verbindung mit meiner Erziehung zur Achtung der Soldaten, die mit ihren Heldentaten und ihrem Mut in schweren Kämpfen das Recht des Volkes der Ukraine auf Leben verteidigten, und im Geist des Respekts vor dem Heldentum unseres Volkes während des Großen Vaterländischen Krieges und vor seinem unbeugsamen Widerstand im Kampf gegen den Faschismus kann ich den Fakt der Demonstration eines Bildes des Ordens „Vaterländischer Krieg“ am Tag der Feiern des Volks- und Staatsfestes „Tag des Sieges“ nicht als Propaganda eines totalitären Regimes einordnen, deshalb ist es mir aus persönlichen und moralisch-ethischen Überlegungen unmöglich, eine Prüfung dieses Antrags durchzuführen“ heißt es im Text des Dokumentes.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/odessa_orden_vov_na_berlin.jpg

de.sputniknews.com: **Wie Nazi-Fan und Holocaust-Leugner jahrelang die Ukraine in Hamburg vertritt – VIDEO**

„Faschist zu sein ist ehrenwert“: Ein ukrainischer Diplomat in Hamburg hat offenbar über Jahre hinweg antisemitische und rechtsextreme Hasspostings in einer geschlossenen Facebook-Gruppe veröffentlicht. Dem Konsul Wassil Maruschinetz ist der ukrainische Journalist und Blogger Anatolij Scharij auf die Schliche gekommen.

Schauen Sie sich hier die Investigation des Journalisten mit deutschen Untertiteln an.

Teil 1:

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/xiB_iQ5RNq4" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/xiB_iQ5RNq4

Teil 2:

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/5YN1U3GD0Gc" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/5YN1U3GD0Gc>

de.sputniknews.com: „Ich bin frei, das zu tun, was ich kann“: Französischer Bürgermeister zu Krim-Besuch

Der Bürgermeister der südostfranzösischen Stadt Marignane, Eric Le Dissès, hat seinen eigenen Worten zufolge keine Angst davor, dass nach seinem Krim-Besuch Sanktionen gegen ihn verhängt werden können.

„Ich bin frei, das zu tun, was ich kann. Die Sanktionen bedeuten, dass ich nicht mehr in die Ukraine werde einreisen dürfen. Ich habe aber ohnehin nicht vor, dorthin zu fahren. Sind dies etwa Sanktionen?“, sagte er am Montag gegenüber Journalisten in Jewpatorija.

Eine französische Delegation hält sich zurzeit zu einem dreitägigen Besuch auf der russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim auf. Es ist bereits ein Abkommen zwischen dem Krim-Kurort Jewpatorija und Marignane unterzeichnet worden....

Ukrinform.ua: Ukrainischer Konsul in Hamburg Maruschynez vom Dienst suspendiert
Das Außenministerium der Ukraine hat den Konsul in Hamburg, Wasyl Maruschynez, vom Dienst suspendiert. Bald kann der Konsul zurückbeordert werden, teilte die Sprecherin des Außenamtes Marianna Betsa der Nachrichtenagentur Ukrinform mit.

„Das Außenministerium toleriert nicht und verurteilt entschieden antisemitische Vorfälle“, sagte die Sprecherin. Der Staatssekretär im Außenministerium habe gleich nach der Information über mögliche antisemitische Beiträge des Konsuls ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Der Konsul sei von seinem Dienst suspendiert worden und könne zurückbeordert werden.

Betsa gab keine weiteren Details zu dem Vorfall bekannt. Das Außenamt werde aber den Vorfall prüfen und die Ergebnisse mitteilen.

Außenminister Pawlo Klimkin schrieb zuvor auf Twitter, es gebe für die Antisemiten und Fremdenhasser keinen Platz in der zivilisierten Gesellschaft und im Ministerium.

In den sozialen Netzwerken wurde mitgeteilt, dass Maruschynez antisemitische Beiträge auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht hat.

de.sputniknews.com: Berlin könnte Medienregeln wegen RT umschreiben – Senderchefin RT-Chefin Margarita Simonjan fürchtet nach eigenen Angaben, dass Deutschland seine Regeln für Medien umschreiben könnte, um dem russischen Auslandssender das Mieten von Aufnahmestudios zu verbieten.

RT hatte im März einen Raum des MDR genutzt, um eine Videobrücke mit dem sächsischen AfD-Politiker Maximilian Kraus zu organisieren. Der MDR erntete danach starke Kritik in der einheimischen Presse wegen der Kooperation mit dem russischen Sender. Seine Empörung äußerte unter anderem Hendrik Zörner vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV).

„Nun wird man in Deutschland die Regeln für Medien revidieren, um uns kein Studio zur Miete zu geben“, schrieb Simonjan am Montag via Twitter.

„Merkwürdig, dass (der Raum – Anm. d. Red.) nach uns nicht desinfiziert wurde – es könnte dort ja ‚highly likely‘ Nowitschok geblieben sein.“

Der Westen bezeichnet als „Nowitschok“ den Stoff, mit dem der russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal Anfang März in Großbritannien vergiftet wurde. London wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, bringt aber keine schlagkräftigen Beweise. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Das EU-Parlament hatte im Herbst 2016 eine Resolution zum Widerstand gegen russische Medien angenommen. Als Hauptgefahren wurden darin Sputnik und RT bezeichnet. Laut Russlands Präsident Wladimir Putin zeugt die Annahme dieses Dokumentes von dem Verfall der Demokratiewerte in der europäischen Gesellschaft.

Das US-Justizministerium hatte im vergangenen November den Fernsehsender RT America und das Partnerunternehmen Reston Translator, das Sputnik-Programme in den USA sendet, als „Auslandsagenten“ registriert. Sputnik und RT wurde außerdem beweislos die Einmischung in die Präsidentenwahlen in den USA 2016 zur Last gelegt.

Ukrinform.ua: Premier: Es ist absolut real, Handelsvolumen zwischen Ukraine und Deutschland zu erhöhen

Der ukrainische Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman hat bei seinem Treffen mit dem deutschen Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, die positive Dynamik der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern festgestellt.

Darüber schreibt er in seinem Twitter-Account.

„Wir haben die positive Dynamik der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland festzustellen“, schrieb Hrojsman.

Er ist auch sicher, es sei absolut real, das Volumen des bilateralen Handels zu erhöhen, sich intensiver mit Investitionen in die Wirtschaft unserer Länder zu befassen.

Der Ministerpräsident Hrojsman betonte auch, dass Deutschland ein sehr wichtiger Partner und Freund der Ukraine ist. „Wir schätzen die Unterstützung in einer so wichtigen Zeit für unser Land. Für uns ist es wichtig, dass im deutschen Koalitionsabkommen die Position bezüglich der Unterstützung der Ukraine verankert ist“, fügte er hinzu.

de.sputniknews.com: Tückischer Plan gegen den Iran: USA spinnen in Syrien ein Netz aus Militärbasen

Nachdem die USA unter Einsatz kurdischer Milizen den IS aus Teilen Syriens vertrieben haben, lassen sie sich Zeit damit, die befreiten Gebiete zu räumen und an ihren rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Dies verdeutlicht einmal mehr Washingtons wahre Absichten in der Region. Der vielbeschworene Kampf gegen den Terror ist es offenbar nicht.

Dass die USA die Terroristen nicht bekämpfen, sondern ausbilden, um sie dann gegen die rechtmäßige syrische Regierung einzusetzen, erklärte unter anderem der russische Außenminister Sergej Lawrow bereits mehrmals. So auch vor wenigen Tagen wieder, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem jordanischen Amtskollegen Ayman Safadi: Die Lage im syrischen Al-Tanf und dem Flüchtlingslager Rukban sei besorgniserregend, sagte der russische Außenminister. Dort würden Kämpfer ausgebildet, die dann entgegen allen vereinbarten Feuerpausen in den Kampf ziehen würden.

Al-Tanf ist eine von 15 Militärbasen, die die USA inzwischen in Syrien betreiben. Dort werden unter US-Kontrolle die Guerillas der sogenannten gemäßigten syrischen Opposition ausgebildet. Dass derlei Kräfte auf syrischem Boden ohne die Zustimmung der syrischen Regierung stationiert werden, ist rechtswidrig. Darauf weist auch Teheran immer wieder hin. Der iranischen Führung ist nämlich die Allianz zwischen den Kurden und den US-Amerikanern ein Dorn im Auge. Denn im Iran lebt eine starke kurdische Minderheit, die von Washington jederzeit zur Destabilisierung der Lage im Land benutzt werden kann.

So wie im Norden Syriens etwa: Während Ankara die dort aktiven kurdischen Einheiten als Terroristen einstuft und bekämpft, setzt sich das US-Militär in den kurdisch kontrollierten Gebieten Syriens fest. Zwar hatte Washington nicht sonderlich protestiert, als Ankara die Kurden aus dem syrischen Afrin verjagte. Doch in Manbidsch sieht die Lage schon wieder ganz anders aus. Dorthin haben die USA 300 Spezialkräfte entsandt, um den Kurden Sicherheitsgarantien zu gewähren. Jetzt bauen die Amerikaner dort einen weiteren Stützpunkt auf.

Zudem ist auch das französische Militär in der Region eingesetzt, wie ein Sprecher der Syrischen Demokratischen Kräfte mitteilte. Gemeinsam mit den Amerikanern sind die Franzosen an jener Linie stationiert, die die türkisch und die kurdisch kontrollierten Gebiete voneinander trennt. Dieser offensichtliche Gegensatz der Interessen treibt einen großen Keil zwischen Washington und Ankara, weshalb der derzeit entstehende US-Stützpunkt auch zur Einschüchterung der Türkei dienen kann, sollte sie es wagen wollen, sich endgültig der US-Kontrolle zu entreißen.

Das alles geschieht vor dem Hintergrund einer Eskalation in den Beziehungen zwischen Iran

und Israel. Die Ankündigung Donald Trumps, aus dem Atomabkommen mit Teheran auszusteigen, gießt zusätzlich Öl ins Feuer. Also können die zahlreichen illegalen Stützpunkte der USA auf syrischem Boden als Plattform für einen Schlag gegen den benachbarten Iran dienen. Eine solche Offensive würde zeitgleich mehrere Zwecke erfüllen. Die Amerikaner haben ja des Öfteren schon gezeigt, wie sehr der Syrien-Dialog im Astana-Format ihnen gegen den Strich geht. Diese ohnehin fragile Allianz zwischen Russland, Iran und der Türkei zu zerschlagen, wäre Washington keineswegs abgeneigt.

Durch einen Angriff auf den Iran wäre dieses Ziel zu erreichen. Als Nato-Partner wäre die Türkei gezwungen, die Vereinigten Staaten zu unterstützen. Zwangsmaßnahmen stehen Washington durchaus zur Verfügung, sei es die Mitgliedschaft in der Nato oder die verstärkte Unterstützung der mit Ankara verfeindeten Kurden. Der syrische Friedensprozess im Astana-Format wäre dann jedenfalls erledigt

de.sputniknews.com: Krim: Französischer Bürgermeister geißelt Westmedienberichte als kränkend und falsch

Der Bürgermeister der südostfranzösischen Stadt Marignane, Eric Le Dissès, der sich zurzeit auf der Krim aufhält, hat am Montag bei einem Pressegespräch seine Eindrücke von der russischen Schwarzmeer-Insel geschildert und diese mit entsprechenden Berichten in französischen Medien verglichen.

„Ich habe in Frankreich sehr viel über die Situation auf der Krim gelesen und gehört. Nachdem ich all diese Informationen gelesen und gehört habe, bin ich zu dem Schluss gekommen, dass ich nicht hierhin kommen sollte. Dennoch bin ich um des Friedens willen hierher gefahren“, sagte er gegenüber Journalisten in Jewpatorija.

Wie er ausführte, ist eine solch voreingenommene Position französischer Medien in Bezug auf die Krim „kränkend und falsch“.

„Da ich hier bin, zeige ich, dass alles, worüber sie (Medien – Anm. d. Red.) reden, nicht so ist, wie ich es denke“, fügte Le Dissès hinzu.

Eine französische Delegation hält sich zurzeit zu einem dreitägigen Besuch auf der russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim auf. Es ist bereits ein Abkommen zwischen dem Krim-Kurort Jewpatorija und Marignane unterzeichnet worden...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32071/19/320711954.jpg>

de.sputniknews.com: Deutschlands Außenminister demütigt Baltikum und die Ukraine mit

„russischem Rohr“

In den Medien im Baltikum und in der Ukraine sorgte eine Äußerung des deutschen Außenministers Heiko Maas für großes Aufsehen - er soll versprochen haben, die Bedenken der baltischen Länder zum Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 zu berücksichtigen. Daraus wurde sofort geschlussfolgert, dass sich die Position Deutschlands zum Pipeline-Projekt geändert und Gazprom weiterhin dazu verdammt sei, die Ukraine für den Gastransit zu bezahlen. Bei genauer Betrachtung der Äußerung des deutschen Chefdiplomaten wird jedoch deutlich, dass es um verschleierte Spott über die europäischen Gegner des Projekts geht.

Heiko Maas sagte am Freitag bei einer Pressekonferenz, dass er in Betracht ziehen werde, dass es einen Bedarf nach ausführlicheren Informationen und einer ausführlicheren Diskussion bei dieser Frage gibt. Danach erschienen jedoch in den Medien Passagen, dass „Deutschlands Außenminister verspricht, die Bemerkungen des Baltikums zu Nord Stream 2 zu berücksichtigen“. Maas versprach de facto den Politikern im Baltikum und ihren ukrainischen Verbündeten nur zusätzliche und ziemlich langweilige Lektionen darüber, inwieweit die russische Gaspipeline vorteilhaft für Europa sei.

Das Interessanteste an dieser Geschichte ist wohl, dass Deutschland ein typisch amerikanisches Herangehen an die Diplomatie nutzt. Genauer gesagt, die Verwandlung der hohen Kunst der Diplomatie bei der Suche nach Kompromissen mithilfe von Drohungen und Irreführungen in ein langweiliges Ritual der Aufzählung von Gründen, wegen denen alle zahlen und bereuen müssen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verzichtete das US-Außenministerium im Prinzip auf die Idee von Kompromissen und Zugeständnissen. Das Höchste, wozu die US-Diplomatie bereit ist, ist die eigene Position zu klären, indem man darin das einzige Ziel der Verhandlungen mit den schwächsten Ländern sieht. Offenbar will Deutschland, dem gerade Trump ein solches Herangehen bei den Iran-Sanktionen zeigte, diese Methode übernehmen und sie beim „Dialog“ mit den US-Vasallen in der EU nutzen. Deswegen verspricht Deutschlands Außenminister den lettischen, estnischen, litauischen, polnischen und sogar ukrainischen Diplomaten neue Diskussionsrunden und Erklärungen, aber mehr nicht.

Das Paradox besteht darin, dass Trump, der den Atom-Deal mit dem Iran ohne Einhaltung selbst minimaler diplomatischer Regeln einseitig aufkündigte, den europäischen Befürwortern der Kooperation mit Gazprom in die Hände spielte. Die US-Sanktionen gegen den Iran sowie die US-Sanktionen gegen Russland sind antieuropäisch, und diese Wahrnehmung erreicht allmählich den europäischen Medien-Mainstream.

Wie könnte die Situation noch wahrgenommen werden, bei der man versucht, der EU kontinuierlich den Zugang zu ihren zwei wichtigsten Energiequellen zu versperren – Russland und Iran? Nach der Aufhebung der Sanktionen begannen europäische Ölfirmen, iranische Ölvorkommen zu erschließen und iranisches Öl zu kaufen. Das Vorgehen der USA bedroht nun sowohl diese Investitionen als auch die Lieferungen. Man muss wohl blind sein, um zu übersehen, dass die US-Senatoren Sanktionen gegen Nord Stream 2 verhängen wollten, um die EU zum Kauf von US-Flüssiggas zu zwingen.

Wie sowohl führende ausländische als auch russische Experten betonen, hat sich die EU verändert und sieht sich nicht mehr als Befehlsempfänger Washingtons. Sie sucht nach Wegen, um die Sanktionen zu umgehen. Die Europäer wollen sich nicht den Wünschen Trumps unterordnen, sondern unabhängig werden. Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire sagte, dass Europa sich nicht damit abfinden dürfe, dass die USA die Rolle des globalen Wirtschaftspolizisten spielen. „Wollen wir der Vasall sein, der die Beschlüsse der USA erfüllt und an ihrem Rockzipfel hängt?“ Vor ein paar Jahren sah es tatsächlich so aus. Heute schlägt die europäische Diplomatie einen anderen Ton an. Die baltischen Länder sowie polnische und ukrainische Diplomaten, die sich auf die „Bekämpfung der russischen Gasexpansion“ spezialisiert haben, haben anscheinend das Glück, dass mit ihnen das

langweilige und geduldige deutsche Auswärtige Amt und nicht emotionale Franzosen arbeiten, die ihnen viele kreative Ideen anbieten könnten, wohin die europäischen Vasallen ihre wertvollen Vorschläge und Wünsche richten könnten.

Vor diesem Hintergrund wirken die verzweifelten Versuche ziemlich merkwürdig, den Bau der Pipeline Nord Stream 2 mithilfe von gerichtlichen Untersuchungen zu stoppen. Die polnische Kartellbehörde UOKiK leitete ein Verfahren gegen Gazprom und fünf seine Partner ein, die am Bau der Gaspipeline beteiligt sind. Es gibt keine Zweifel, dass demnächst Strafen wegen unlauteren Wettbewerbs gegen das ukrainische Gastransportsystem bzw. wegen Verletzung des Rechts Washingtons angedroht werden, die deutsche Industrie zum Kauf des US-Flüssiggases zu zwingen.

Gegen die russische Gaspipeline sprach sich die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager aus, die sich wohl wie viele EU-Beamte nicht damit abfinden kann, dass Berlin unter Umgehung der EU-Kommission mit Russland gemeinsame Sache macht. In Deutschland forderte der Umweltschutzverband NABU die sofortige Einstellung des Baus von Nord Stream 2, weil er angeblich die Umwelt bedroht. Früher oder später werden allerdings alle Forderungen, Strafen und Proteste von europäischen Gerichten mit hoher Wahrscheinlichkeit abgeschmettert — so wie bei dem ukrainischen Gasversorger Naftogaz, der die Nutzung der Pipeline Nord Stream 1 bei voller Kapazität verbieten lassen wollte.

Allerdings können alle Unzufriedenen mit einem Erfolg rechnen. Dass der deutsche Außenminister ihnen wie versprochen zusätzlichen Raum für Diskussionen bieten und mehrmals erklären wird, warum Deutschland alles richtig mache und man sich damit abfinden müsse.

[Ukrinform.ua: Wirtschaftsminister Altmaier: Ukraine ist sicheres Gas-Transitland und wichtiger Handelspartner](#)

Deutschland sieht die Ukraine als ein sicheres Gas-Transitland und einen wichtigen Handelspartner in Osteuropa. Deswegen wird Deutschland die Ukraine weiter unterstützen, sagte laut dem Regierungportal der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier bei einem Gespräch mit dem Regierungschef der Ukraine Wolodymyr Hrojsman in Kiew. Laut Altmaier müssten auch die Interessen der Ukraine, darunter die finanziellen Interessen, respektiert und Garantien für die Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine ausgearbeitet werden. Hrojsman bezeichnete im Gespräch die Gaspipeline Nord Stream 2 als eine „geopolitische Konstruktion“ Russlands für die politische Druckausübung auf die Ukraine und Europa. „Für Russland ist es ein profitables Projekt, das das ganze Europa langfristig von Russland abhängig machen wird“, sagte er. Es gebe keine Garantien, dass Nord Stream 2 nicht zu politischen Zwecken missbraucht werde. Der Premier betonte weiter, dass das ukrainische Gasnetz den Gastransit zu 100 Prozent gewährleisten können. Die Ukraine sei zur Modernisierung und Verwaltung des Gasnetzes mit internationalen Partnern bereit.

[Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko](#)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat eine **Tendenz zur Verschärfung**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Terroristen fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Shelobok und Frunse**.

Bei den Beschüssen haben die Strafruppen der 14. und 53. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Shakun und Grusewitsch 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 90 verschiedene Geschosse

abgeschossen.

Seit dem 11. Mai 2018 ist in Stschatje die Aktivität der Bande „Lugansk-1“ des Innenministeriums der Ukraine festzustellen. Im Zusammenhang damit, dass die Kämpfer von „Lugansk-1“ die vollständige Kontrolle über die Ortschaft anstreben, kommen bei ihnen praktisch täglich Konflikte mit den Banditen der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte auf. Nach den Worten von örtlichen Einwohnern gab es mehrere Nächte nacheinander **Gefechte zwischen Polizisten und ukrainischen Soldaten.**

Außerdem ist bekannt, dass mit dieser Einheit eine technische Gruppe eingetroffen ist, die von kanadischen Instruktoren ausgebildet wurde, um **Abschnitte an der Kontaktlinie zu verminen.**

Wir erhalten wieder Mitteilungen über den äußerst niedrigen moralisch-psychischen Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Am 9. Mai abends gab es in Einheiten der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte zwischen betrunkenen Soldaten einen Streit, in dessen Ergebnis ein Soldat das Feuer mit einem Maschinengewehr auf seine Kameraden eröffnete. In der Folge der Schießerei wurden drei Soldaten unterschiedlich schwer verletzt. Zu diesem Fall wird eine Untersuchung durchgeführt, die der Brigadekommandeur, der Kriegsverbrecher Majstrenko, versucht gegenüber General Salushnyj zu verheimlichen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verwendet weiter seine „exklusive“ Lage in der OOS-Zone für **ungesetzliche Bereicherung.**

Nach Mitteilung von örtlichen Einwohnern schlagen in Sewerodonezk Erpresseroffiziere der 53. mechanisierten Brigade Inhabern von Cafés und Geschäften für eine bestimmte Summe einen „militärischen Schutz“ vor. Im Falle der Weigerung wird den Inhabern mit Vergeltung in Form von Schäden an ihren Einrichtungen gedroht.

Die ukrainische Seite im GZKK hat heute, am 14. Mai, die LVR der Sabotage der Trennung von Kräften und Mitteln, die für den 15. Mai am Abschnitt Nr. 1 bei Staniza Luganskaja geplant ist, beschuldigt. Nach der Version der ukrainischen Seite haben Einheiten der Volksmiliz das Feuer mit Gewehren auf Positionen der ukrainischen Streitkräfte eröffnet. Wir wollen unterstreichen, dass wir solche Beschuldigungen in Bezug auf angebliche Beschüsse praktisch vor jeder geplanten Trennung von Kräften und Mittel an diesem Abschnitt hören. Aber die Fälle dieser Beschüsse wurden von niemandem je bestätigt. Weder von Vertretern der LVR im GZK noch von OSZE-Beobachtern. Von der ukrainischen Seite gibt es keinerlei Argumente, die den Unwillen, die Kräfte in diesem Abschnitt abzuziehen, rechtfertigen könnten außer Falschbeschuldigungen der Volksmiliz bezüglich der Verletzung der Vereinbarungen.

Ich erkläre ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz bereit ist, Kräfte und Mittel am Abschnitt Nr. 1 bei Staniza Luganskaja nur „spiegelbildlich“ mit der ukrainischen Seite abzuziehen.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen genau ein und auch die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts. Dennoch behalten wir uns das Recht vor, im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und den Feind zum Schutz der Bürger unserer Republik entschieden abzuwehren.

de.sputniknews.com: Frankreichs Kulturministerium hat Sewastopol als russische Stadt „anerkannt“

Das französische Kulturministerium hat am Montag auf seiner offiziellen Webseite Sewastopol auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim als russische Stadt bezeichnet.

Die Behörde hatte eine Landkarte vorbereitet, die alle Teilnehmer der internationalen Aktion „Museumsnacht 2018“ inklusive ihrer Beschreibungen und Adressen enthalten sollte, darunter auch das Kroschizki-Kunstmuseum von Sewastopol.

Im Verzeichnis heißt es dazu: „Prospekt Nachimowa 9, Sewastopol, Russische Föderation“

Abends:

de.sputniknews.com: Nach Nowitschok-Whistleblowing: Tschechischer Chefforscher entlassen

Die tschechische Verteidigungsministerin, Karla Slechtova, hat am Montag Bohuslav Safar, den Direktor des Militärforschungsinstituts in der Stadt Brno, wo das Gift A-320 der „Nowitschok“-Gruppe hergestellt und getestet worden sein soll, entlassen.

„Die Verteidigungsministerin Karla Slechtova hat heute gemäß dem Gesetz über den Staatsbetrieb den Direktor des Forschungsinstituts des Verteidigungsministeriums, Bohuslav Safar, dem für seine langjährige Arbeit auf diesem Posten Dankbarkeit ausgedrückt wurde, entlassen“, heißt es in der offiziellen Erklärung, die auf der Webseite des tschechischen Außenministeriums am Montag veröffentlicht wurde.

Safar, der als erster in Tschechien mitgeteilt hatte, dass der Kampfstoff A-230 in seinem Forschungsinstitut getestet worden sei, hat seine Entlassung in einem Interview mit dem Portal „Aktuálně“ kommentiert:

„Ich persönlich denke, dass ich keinen Fehler gemacht habe. Man kann annehmen, dass das wegen der Situation um das ‚Nowitschok‘ passiert ist“, so Safar. „Ich bin überzeugt, dass ich in diesem Fall alle Informationen zur Verfügung gestellt habe. Alles, was ich jemals gesagt habe, entspricht der Wahrheit.“

Am 3. Mai hatte der Präsident Tschechiens, Milos Zeman, in einem Interview für den Sender TV Barrandov eingeräumt, dass ein Nervengift der Klasse „Nowitschok“ in Tschechien hergestellt und getestet worden sei. Der Kampfstoff trage dabei die Klassifizierung A-230 und sei in der Stadt Brno „in kleinen Mengen“ produziert und getestet worden. Das Nervengift sei gleich darauf vernichtet worden, so der Staatschef.

„Der Militärgeheimdienst sagt, dass das Gift A-230 ‚Nowitschok‘ heißt. Der SBI (der tschechische Informationssicherheitsdienst – Anm. d. Red.) sagt, dass nicht das A-230, sondern dass das A-234 ‚Nowitschok‘ ist“, räumte Zeman ein.

Dan-news.info: „Von 16:40 bis 17:25 wurden 31 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm in Richtung **Sajzewo** abgeschossen. Auf diese Ortschaft wurde auch mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Ruslan Jakubow mit.

Außerdem haben die Beobachter heute tagsüber Beschüsse des Gebiets von **Jasinowataja** festgestellt. Es wurde mit Schützenpanzern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen.